presse

Aigner muss sich bei E10 hinter die Verbraucher stellen

Zum heutigen Bericht der Bundesregierung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu E10 und den Folgen für die Verbraucher erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Rita Schwarzelühr-Sutter:

Die Automobilunternehmen sollen verbindliche Garantien für die Verträglichkeit von E10 an ihre Kunden geben. Verbraucherministerin Aigner muss sich deshalb hinter die Verbraucher stellen und dafür sorgen, dass nicht die Verbraucher die Zeche für das E10-Debakel zahlen müssen, fordert Rita Schwarzelühr-Sutter.

Die Automobilunternehmen sollen verbindliche Garantien für die Verträglichkeit von E10 an ihre Kunden geben. Wir fordern die Verbraucherministerin Aigner deshalb auf sich hinter die Verbraucher zu stellen und dafür zu sorgen, dass nicht die Verbraucher die Zeche für das E10-Debakel zahlen müssen.

Ansonsten ist der Verbraucher der Verlierer im E10-Hickhack. Zum einen soll der Autofahrer selbst herausbekommen, ob sein Auto zu dem einen Prozent bei deutschen Herstellern oder zu den zehn Prozent bei internationalen Herstellern gehört, dass kein E10 verträgt. Die Autofahrer müssen sich an der Tankstelle oder auf anderem Weg diese Information beschaffen. Die Bundesregierung informierte heute den Verbraucherausschuss darüber, dass allerdings die Haftungsfrage noch nicht geklärt sei.

Zum anderen schlagen die Mineralölkonzerne möglich Strafzahlungen auf den Benzinpreis auf. Die Strafzahlungen werden fällig, wenn die Konzerne die Biokraftstoffquote nicht erfüllen. Die Zeche dürfte also der Verbraucher zahlen. Hinzu kommen die Kosten für den erhöhten Benzinverbrauch beim Tanken von E10, denn aufgrund des geringeren Energiegehaltes des Bioethanols erhöht sich bei gleicher Fahrweise der Kraftstoffverbrauch um rund zwei Prozent.

Eine vorausschauende Einbeziehung der Verbraucher, wie es die SPD-Bundestagsfraktion schon lange mit einem Verbrauchercheck bei allen Gesetzen fordert, würde für mehr Akzeptanz sorgen. Transparenz und bessere Informationen sind hierzu notwendige und wichtige Instrumente. Hätte dies die Bundesregierung beachtet, wäre bei der Einführung von E10 Ärger erspart geblieben.